



Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung

## **JAHRESVORSCHAU DES BMWF 2011 auf der Grundlage des „Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission“, des „Achtzehnmonatsprogramms des Rates“ sowie des informellen Programms der polnischen EU-Präsidentschaft**

Auf der Grundlage des Beschlusses des Ministerrats vom 22. November 2004 (GZ des BKA 405.710/0007-IV/5/2004) wurde festgelegt, dass jedes Mitglied der Bundesregierung einen Bericht vorlegen wird, in dem auf der Basis des Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission und des Rates über die zentralen Themen im eigenen Wirkungskreis berichtet wird.

Der diesjährige Bericht des BMWF beruht auf dem Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für das Jahr 2011, auf dem Achtzehnmonateprogramm des Rates mit Gültigkeit bis Juni 2011 (Ende der ungarischen EU-Präsidentschaft) sowie auf dem informellen Programm der polnischen EU-Präsidentschaft im zweiten Halbjahr 2011. Ein offizielles Programm der polnischen EU-Präsidentschaft ist erst im Mai/Juni 2011 im Rahmen des nächsten Achtzehnmonateprogramms des Rates zu erwarten.

### **ARBEITSPROGRAMM DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION FÜR 2011**

#### **FORSCHUNG**

Die Europäische Kommission konzentriert sich im Jahr 2011 auf fünf Schwerpunkte:

- Umgang mit der Wirtschaftskrise und Unterstützung der wirtschaftlichen Erholung Europas;
- Vorantreiben der „Europa 2020 Strategie“;
- Aufbau eines Raums für Freiheit, Gerechtigkeit und Sicherheit;

- Start der Verhandlungen über das neue EU-Budget;
- Der EU auf globaler Bühne Gewicht verleihen.

Für die Forschungspolitik sind vor allem Aktivitäten im Zusammenhang mit der „Europa 2020 Strategie“ von Bedeutung. Die Europäische Kommission will die im Herbst 2010 vorgelegte „Flagship Initiative“ über die Innovationsunion zügig umsetzen, insbesondere das darin enthaltene Konzept der Europäischen Innovationspartnerschaften.

Mit den Europäischen Innovationspartnerschaften vertieft die Europäische Kommission die seit einigen Jahren sich entwickelnde Verbindung von nationalen mit EU-Maßnahmen rund um große gesellschaftliche Herausforderungen. Es sollen möglichst rasch innovative Produkte und Dienstleistungen entwickelt werden, die der europäischen Gesellschaft zu Gute kommen und der europäischen Wirtschaft Wettbewerbsvorteile auf den globalen Märkten verschaffen. Die Europäischen Innovationspartnerschaften stehen in einem engen Zusammenhang mit den Joint Programming Initiativen, an denen Österreich aktiv beteiligt ist.

Ende 2011 wird die Europäische Kommission ihren Vorschlag für das 8. Forschungsrahmenprogramm vorlegen. In Vorbereitung darauf wird im Frühling 2011 von der Europäischen Kommission ein on-line Konsultationsverfahren durchgeführt werden.

Außerdem wird die Europäische Kommission im Rahmen des so genannten „Europäischen Semesters“ die Nationalen Reformprogramme der Mitgliedstaaten bewerten und länderspezifische Empfehlungen ausarbeiten. Dies betrifft auch den Bereich Forschung.

Schließlich ist Mitte 2011 mit dem Vorschlag der Europäischen Kommission über den Gemeinschaftshaushalt 2014 – 2020 zu rechnen.

### **Österreichische Haltung**

Österreich unterstützt alle Maßnahmen, die helfen, den Europäischen Forschungsraum zu verwirklichen. Die von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Europäischen Innovationspartnerschaften machen aus österreichischer Sicht dann Sinn, wenn sie mit bestehenden Vernetzungsaktivitäten der Mitgliedstaaten (z.B. Joint Programming) verbunden werden.

Die Vorbereitungen für das 8. Forschungsrahmenprogramm verfolgt Österreich mit großem Interesse und Engagement. Ebenso wie viele anderen Mitgliedstaaten hat Bundesministerin Dr. Karl der Europäischen Kommission erste Überlegungen Österreichs für die Gestaltung der künftigen EU-Forschungspolitik übermittelt. Die wichtigsten Aussagen des „Österreichischen Reflexionspapiers im Hinblick auf die Nachfolge zum 7. Rahmenprogramm“ finden sich im Zusammenhang mit der Arbeitsprogramm der Präsidentschaften.

Das BMWF ist gerade dabei, seine prioritären Maßnahmen für das österreichische „Nationale Reformprogramm“ im Bereich Forschung zu formulieren. Der Bewertung des Reformprogramms durch die Europäische Kommission wird mit Interesse entgegen gesehen.

Für die ab Mitte 2011 beginnenden Verhandlungen über die nächste Finanzielle Vorausschau der EU tritt das BMWF für eine Schwerpunktsetzung im Bereich Forschung ein.

## **HOCHSCHULBILDUNG**

Die Arbeiten der Europäischen Kommission im Hochschulbereich in diesem Jahr stehen im Zusammenhang mit der EU-Strategie 2020 und fokussieren die im Rahmen der Leitinitiativen „Jugend in Bewegung“, „Neue Kompetenzen und neue Beschäftigungsmöglichkeiten“ und „Innovationsunion“ angekündigten konkreten Vorschläge und ergänzende Maßnahmen.

Sehr wichtig sind - im Hinblick auf die Kernziele der EU-Strategie 2020 - das im Jänner 2011 gestartete „Europäische Semester“ und die Bewertung der nationalen Reformprogramme für den Hochschulbereich.

Die Initiative „Jugend in Bewegung“ umfasst mehrere Handlungsschwerpunkte, die den Hochschulbereich betreffen:

1. Ausarbeitung moderner Systeme für die allgemeine und berufliche Bildung, die Schlüsselkompetenzen und Exzellenz vermitteln
2. Steigerung der Attraktivität der Hochschulbildung im Hinblick auf die wissensbasierte Wirtschaft
3. Förderung einer umfassenden Ausweitung des transnationalen Lernens sowie der Beschäftigungsmobilität junger Menschen
4. Volle Ausschöpfung des Potenzials der EU-Finanzierungsprogramme

Bezüglich der Steigerung der Attraktivität der Hochschulbildung wird die Europäische Kommission eine Mitteilung hinsichtlich einer neuen erweiterten Agenda für die Hochschulbildung ausarbeiten, mit dem Ziel, die Reform und die Modernisierung der Europäischen Hochschulbildung zu fördern. Die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie betreffend die Ausarbeitung eines mehrdimensionalen globalen Transparenzinstruments werden vorlegt. Eine mehrjährige strategische Innovationsagenda wird die Prioritäten für die Hochschulbildung, Forschung, Innovation und Unternehmertum in den kommenden sieben Jahren aufstellen mit dem Ziel, das Wissensdreieck zu stärken.

Für März 2011 ist die Veröffentlichung der Mitteilung der Europäischen Kommission zum Europäischen Durchschnittsbezugswert zur Mobilität geplant, die der Beobachtung von Fortschritten sowie der Ermittlung von Problemfeldern und als Beitrag für eine faktengestützte Politik dient.

Die Europäische Kommission plant, die Mitteilung über die neue Generation des EU-Bildungsprogramms „Lebenslanges Lernen“ (2014 – 2020) in der zweiten Jahreshälfte zu veröffentlichen. Die Mitteilung baut auf den Ergebnissen der öffentlichen Konsultation und der Zwischenevaluierung des Programms auf.

Die Empfehlung des Rates zur Förderung der Mobilität junger Menschen zu Lernzwecken wird voraussichtlich im Mai 2011 von den zuständigen Bildungsminister/innen angenommen. Dabei wird auf Faktoren eingegangen, die die Mobilität zu Lernzwecken auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene behindern und es werden Maßnahmen für den Abbau dieser Mobilitätshindernisse vorgeschlagen.

Wichtiger Meilenstein der Aktivitäten auf europäischer Ebene ist der Start der Verhandlungen über den neuen EU-Haushalt, der für Mitte des Jahres geplant ist.

### **Österreichische Haltung**

Österreich erwartet mit großem Interesse die Mitteilung der Europäischen Kommission über die neue Generation des EU-Bildungsprogramms „Lebenslanges Lernen“ (2014-2020). Die Position Österreichs hinsichtlich der künftigen Programmgeneration wurde in einem BMUKK/BMWF akkordierten Schreiben von FBM Schmied und FBM Karl an die Kommission übermittelt.

Besonders unterstützt werden alle Aktivitäten, die die Mobilität der Studierenden, der Lernenden und Lehrenden sowohl in Europa als auch in den Drittstaaten fördern, weil sie wesentlich zum Erwerb von zusätzlichen Kompetenzen und dadurch auch zur Förderung der Beschäftigungsfähigkeit beitragen.

Mobilität ist ein prägendes Merkmal des Europäischen Hochschulraums. Sie intensiviert die Zusammenarbeit und den Wettbewerb unter den Hochschuleinrichtungen. Österreich engagiert sich auf europäischer Ebene, um „ausbalancierte“ Mobilitätsflüsse in Europa zu erreichen.

Mit dem Kernziel „Senkung der Schulabbrecher/innenquote“ und „Erhöhung des Anteils der 30- bis 34- Jährigen, die ein Hochschulstudium abgeschlossen haben oder über einen gleichwertigen Abschluss verfügen“ und den Leitinitiativen „Jugend in Bewegung“ und „Neue Kompetenzen für neue Beschäftigungsmöglichkeiten“ ist Bildung ein Kernstück der EU 2020 Strategie und spielt eine Schlüsselrolle bei der Erreichung der strategischen Prioritäten, vor allem im Hinblick auf "intelligentes Wachstum". Österreich setzt sich daher dafür ein, dass im Rahmen der Verhandlungen über den neuen EU-Haushalt diese wichtige Rolle der Bildung im Rahmen der EU-Strategie 2020 entsprechend berücksichtigt wird.

## **ACHTZEHNMONATSPROGRAMM DES RATES**

**sowie**

### **Informelles Programm der polnischen Präsidentschaft**

#### **FORSCHUNG**

Die beiden EU-Präsidentschaften des heurigen Jahres finden in einer Zeit intensiver Beratungen über die Gestaltung der künftigen Förderpolitik der Union statt. Mitte des Jahres wird der Vorschlag der Europäischen Kommission über den Gemeinschaftshaushalt 2014 – 2020 (Finanzielle Vorausschau) erwartet. 2011 werden außerdem von der Europäischen Kommission die Legislativvorschläge im Bereich der Strukturfonds sowie für das 8. Forschungsrahmenprogramm vorgelegt werden.

Die Präsidentschaften nehmen sich vor, die strategischen Beratungen über diese grundlegenden Budget- und Maßnahmenpakete durch Debatten im Rat Wettbewerbsfähigkeit zu unterstützen.

2011 ist zudem das erste Jahr der Umsetzung der neuen „Europa 2020 Strategie“. In diesem Rahmen legen die Mitgliedstaaten der Europäischen Kommission ihr jeweiliges „Nationales Reformprogramm“ vor, das zur Verwirklichung der Wachstumsziele der „Europa 2020 Strategie“ beitragen soll. Der Rat Wettbewerbsfähigkeit wird sich mit dem „Annual Growth Survey“ der Europäischen Kommission befassen, der die Wachstumspotenziale Europas beleuchtet.

Beide Präsidentschaften nehmen sich vor, die Entwicklung eines Indikators zur Messung von Innovationsleistungen voranzutreiben. Die Zuständigkeit für diese Aufgabe liegt bei der Europäischen Kommission, allerdings wird die Expertise der Mitgliedstaaten zur Erarbeitung eines aussagekräftigen Indikators nötig sein.

Ein weiterer Schwerpunkt der Präsidentschaften liegt bei Fragen im Zusammenhang mit dem Europäischen Forschungsraum. Neben der Vorbereitung eines „ERA Framework“ durch die Europäischen Kommission, das auf den Abbau der Barrieren für die Mobilität von Wissen in Europa abzielt, wird über spezifische Themen im Europäischen Forschungsraum beraten werden. Als Beispiele können die von der ungarischen Präsidentschaft vorangetriebene Strategie der EU für den Donauraum oder die von der polnischen Präsidentschaft angestrebten Nutzung von EU-Mitteln für regionale Forschungsinfrastrukturen genannt werden.

Weitere geplante Themen der Präsidentschaften sind:

- Beratungen über die Ergebnisse der Zwischenevaluierung des 7. Rahmenprogramms;
- Behandlung des Vorschlags der Europäischen Kommission über die Verlängerung des 7. Euratom-Rahmenprogramms;
- Start weiterer Joint Programming Initiativen;
- Bericht über die „Strategic Agenda“ des EIT;
- Umsetzung der Europäischen Innovationspartnerschaft (EIP) zum „Aktiven und Gesunden Altern“ sowie Beratungen über die weitere Vorgehensweise für mögliche weitere EIPs.

## Österreichische Haltung

Die Bundesregierung nimmt die Vorbereitung der künftigen EU-Förderlandschaft ernst. Was die Gestaltung des Gemeinschaftshaushalts 2014 – 2020 betrifft, hat sich Österreich klar für eine Schwerpunktsetzung im Bereich Forschung ausgesprochen.

Ende 2010 übermittelte Frau Bundesministerin Dr. Karl an die Europäische Kommission das „Österreichisches Reflexionspapier im Hinblick auf die Nachfolge zum 7. Rahmenprogramm“ als Beitrag für die Beratungen über das nächste EU-Forschungsrahmenprogramm. Die wesentlichen Aussagen des vom österreichischen Ministerrat genehmigten Reflexionspapiers sind:

1. Österreich begrüßt die Weiterentwicklung der Rahmenprogramme zu einem kohärenten Politikrahmen, der weit über die Projektförderung hinausreicht. Dafür schlagen wir als neuen Namen ein „European Knowledge Framework“ für die kohärente FTI-Politik in Europa vor.
2. Die Struktur der künftigen Fördermaßnahmen sollte aus österreichischer Sicht einfach und verständlich sein: Drei Säulen für die Förderung von Wissen im Dienste (1) der Gesellschaft, (2) von Wachstum, und (3) der Wissenschaft.
3. Forschung, Technologie und Innovation sollten einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung von gesellschaftlichen Herausforderungen leisten.
4. Die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft durch strategisch aufeinander abgestimmte Instrumente sowie die Ausweitung der Grenzen unseres Wissens durch einen wirkungsvollen „European Research Council“ stellen für Österreich wichtige Säulen im künftigen „European Knowledge Framework“ dar.
5. Die EU-Regionalpolitik soll aus österreichischer Sicht noch stärker dazu beitragen, die Regionen bei ihrem notwendigen, langfristigen und wissensbasierten Strukturwandel zu unterstützen.
6. FTI-Institutionen und Anspruchsgruppen müssen in Zukunft besser in die Planung und Umsetzung von Fördermaßnahmen einbezogen werden. Gemeinsamen Foresight-Prozesse sollten in „Smart Specialisation Strategies“ münden, die neue Wachstumschancen für Regionen öffnen.
7. Alle Bemühungen, den Zugang zum Rahmenprogramm sowie seine Abwicklung einfacher und kundenfreundlicher zu gestalten (Simplification), sind mit Nachdruck fortzusetzen. Zur Kundenfreundlichkeit gehört auch, die richtige Balance zwischen Kontinuität und notwendiger Reform zu finden.

Mit Blick auf die „Europa 2020 Strategie“ wird Österreich bis Ende April sein „Nationales Reformprogramm“ vorlegen. Darin werden die Vorhaben des BMWF im Bereich Forschung bis 2020 dargelegt und mit den Zielen der geplanten nationalen FTI-Strategie abgeglichen.

Was die Entwicklung eines Innovationsindikators betrifft, engagiert sich das BMWF gemeinsam mit den anderen forschungsrelevanten Ressorts für einen mehrdimensionalen Indikator, der den komplexen Wirkungszusammenhängen von Innovationen gerecht wird.

Die Verlängerung des Euratom-Rahmenprogramms wird aus österreichischer Sicht als formaler Akt der Umsetzung der Beschlüsse über die Finanzierung des 7. Rahmenprogramms betrachtet. Aus formalrechtlichen Gründen war es 2006 nicht möglich, das Euratom-Programm auf sieben Jahre zu beschließen, sondern nur auf fünf Jahre. Das seinerseits vereinbarte Budget für die Jahre 2012 und 2013 ist jedenfalls im Rahmen der Verlängerung einzuhalten.

Frau Bundesministerin Dr. Karl lädt im Juni 2011 viele ihrer Amtskolleginnen und –kollegen aus den neuen Mitgliedsstaaten ein („Salzburg-Group“), um sowohl über das 8. Forschungsrahmenprogramm als auch über regionale Forschungsinfrastrukturen zu beraten. Dieses Treffen bettet sich gut in die Aktivitäten der ungarischen und polnischen EU-Präsidentschaften ein.

## **HOCHSCHULBILDUNG**

Einer der Schwerpunkte des Rates im Jahr 2011 liegt in der Umsetzung der EU 2020 Strategie und der Leitinitiativen. Der Rat Bildung wird sich im Februar 2011 bereits mit dem Beitrag der allgemeinen und beruflichen Bildung zum „Europäischen Semester“ und Jahreswachstumsbericht befassen.

Die Förderung der Mobilität steht im Zentrum der Aktivitäten des Rates im Jahr 2011. Mobilität von Studierenden, wissenschaftlichem Nachwuchs und von wissenschaftlichem Personal ist ein wichtiges Element der persönlichen Entfaltung und der Beschäftigungsfähigkeit und fördert die Mehrsprachigkeit. Der Rat wird sich mit Maßnahmen zur Erhöhung des Anteils der jungen Menschen, die einen Auslandsaufenthalt zu Lernzwecken absolvieren und zur Verbesserung der Qualität der Mobilität beschäftigen. Es sind Beratungen hinsichtlich der Erhöhung und Ausweitung sowie der Gewährleistung der Qualität der Mobilität und des Abbaus von Mobilitätshindernissen geplant.

Die Ausgestaltung der neuen Generation der EU-Bildungsprogramme (wie das Programm „Lebenslanges Lernen“ und Mobilitäts- und Kooperationsprogramme mit Drittstaaten wie ERASMUS MUNDUS, TEMPUS und andere) wird den Rat in den nächsten Jahren beschäftigen. Die Verhandlungen zur neuen Generation des EU-Bildungsprogramms „Lebenslanges Lernen“ werden voraussichtlich in der zweiten Jahreshälfte 2011 starten.

2011 wird der Rat an der Umsetzung der Modernisierungsagenda für die europäischen Hochschuleinrichtungen intensiv arbeiten und über eine erweiterte Agenda für die Hochschulbildung verhandeln. Dabei werden Themen wie Governance, Regionalität, Management und Internationalisierung behandelt.

### **Österreichische Haltung**

Das österreichische Reformprogramm, das Ende April an die Europäische Kommission übermittelt wird, beinhaltet Maßnahmen, die zur Erreichung des nationalen Zieles im Hochschulbereich beitragen.

Das EU-Programm „Lebenslanges Lernen“ und die hochschulrelevanten EU-Drittstaatenprogramme haben seit ihrem Start wesentlich dazu beigetragen, die Qualität und Internationalität der europäischen Bildungseinrichtungen zu steigern. Die gemeinsame Position des BMUKK/BMWF zur Zukunft des EU-Bildungsprogramms „Lebenslanges Lernen“ wird in die europäischen Verhandlungen eingebracht.

Aus österreichischer Sicht ist es wichtig, dass die grenzüberschreitende Mobilität im Mittelpunkt der Ratstätigkeiten steht. Die Erhöhung der Anzahl der mobilen jungen Menschen unter Gewährleistung einer hohen Qualität der Mobilität ist besonders erstrebenswert.

Österreich setzt sich auch dafür ein, dass „ausbalancierte Mobilitätsflüsse“ in Europa erreicht werden.

## WICHTIGE DATEN IM BEREICH FORSCHUNG FÜR 2011

### Ungarischer Vorsitz:

Rat Wettbewerbsfähigkeit: 9.-10. März 2011, Brüssel  
30.-31. Mai 2011, Brüssel

Informelles Ministertreffen (Rat Wettbewerbsfähigkeit): 11.-13. April 2011, Gödöllö

### Polnischer Vorsitz:

Rat Wettbewerbsfähigkeit: 29.-30. September 2011, Brüssel  
5.-6. Dezember 2011, Brüssel

Informelles Ministertreffen (Rat Wettbewerbsfähigkeit): 20.-22. Juli 2011, Polen

## WICHTIGE DATEN IM BEREICH HOCHSCHULBILDUNG FÜR 2011

### Ungarischer Vorsitz:

Rat Bildung, Jugend und Kultur 14. Februar 2011, Brüssel  
19.-20. Mai 2011, Brüssel

Informelles Ministertreffen 28.-29. März 2011, Budapest/Gödöllö

### Polnischer Vorsitz:

Rat Bildung, Jugend und Kultur 28.-29. November 2011, Brüssel